



An die
Mitglieder im SPD-Landesverband Brandenburg

Potsdam, 13. Oktober 2009

Es geht um Brandenburg

Liebe Freundinnen und Freunde,

bei den Landtagswahlen vom 27. September haben wir Brandenburger Sozialdemokraten einen herausragenden Erfolg errungen. Nicht nur haben uns die Wählerinnen und Wähler zum fünften Mal in Folge seit 1990 als stärkste Partei in Brandenburg bestätigt; wir konnten sogar - in schwierigster bundespolitischer Großwetterlage - unser Landtagswahlergebnis verbessern. Unser deutlicher Vorsprung vor allen mit uns konkurrierenden Parteien ist die Bestätigung des Grundvertrauens in die solide Arbeit der Brandenburger Sozialdemokratie, das über nahezu zwei Jahrzehnte in unserem Land entstanden ist.

In den Augen der Menschen in unserem Land sind wir die „Brandenburgpartei“ schlechthin. Der großen hiermit verbundenen Verantwortung sind wir uns bewusst. Wir Brandenburger Sozialdemokraten sind tief in der gesellschaftlichen Mitte unseres Landes verankert. Auf uns blicken die Bürgerinnen und Bürger, wenn es darum geht, unsere Heimat auf einem guten und zukunftssträchtigen Fortschrittskurs zu halten. Von uns - weit mehr als von jeder anderen Partei - erwarten die Menschen in Brandenburg daher eine Regierungsarbeit,

- die dauerhaft stabile politische Verhältnisse im Land gewährleistet;
- die allen Brandenburger Kindern und Jugendlichen in allen Landesteilen erstklassige Bildungs- und Lebenschancen ermöglicht;
- die bestehende Arbeitsplätze sichert und qualifizierte neue Jobs in zukunftsfähigen Branchen ins Land holt;

- die wirtschaftliche Erfolge und soziale Gerechtigkeit auf produktive Weise miteinander verbindet und nicht gegeneinander ausspielt;
- die gezielte Investitionen in die Zukunft unseres Landes mit solider Haushaltsführung vereinbart;
- die langfristige Energiesicherheit mit ökologischer Vernunft in Einklang bringt;
- die die Weltoffenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft nachhaltig befördert.

Diesen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger an uns Brandenburger Sozialdemokraten müssen wir auch weiterhin gerecht werden. Zugleich müssen diese Erwartungen die Messlatte sein, die wir bei der Auswahl unseres zukünftigen Koalitionspartners anlegen. Wenn es um die Entscheidung über die Zusammensetzung der nächsten Landesregierung geht, zählt für uns einzig und allein das Kriterium, mit welcher anderen Partei wir unsere Ziele zum Wohle Brandenburgs in den kommenden fünf Jahren besser, verlässlicher und konstruktiver verwirklichen können.

„Es geht um Brandenburg“ - dieser Richtschnur unseres gesamten Wahlkampfes bleiben wir also treu. Nach gründlicher Diskussion sowie sorgfältigen Sondierungsverhandlungen sowohl mit der Linkspartei als auch mit der CDU ist die Sondierungskommission einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, dem Landesvorstand die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei zu empfehlen. Dieser Empfehlung ist der Landesvorstand der Brandenburger SPD mit 9 Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen gefolgt.

Diese Entscheidung versteht sich nicht von selbst; ich will sie begründen. Zum einen hat sich gezeigt, dass die inhaltlichen Schnittmengen mit der Linkspartei diesmal deutlich größer sind als diejenigen mit der CDU. Sicher, die vergangenen fünf Jahre waren gute Jahre für Brandenburg. Unter unserer Führung hat die Regierungskoalition beträchtliche Erfolge vor allem am Arbeitsmarkt, bei der wirtschaftlichen Entwicklung und auch auf dem Gebiet der Bildung erzielt. Auf diese Erfolge sind wir stolz, an sie werden wir in Zukunft energisch anknüpfen. Zugleich aber ist deutlich geworden, dass die CDU im Hinblick auf Fragen der sozialen Balance, der Herstellung echter Chancengleichheit und der Ermöglichung des sozialen Aufstiegs für alle eindeutig weniger ehrgeizige Ziele verfolgt als wir Brandenburger Sozialdemokraten. Beispielhaft genannt seien hier nur unsere jüngsten Auseinandersetzungen mit der CDU um Mindestlöhne und Schüler-Bafög.

Beeinflusst wurde unsere Entscheidung zum anderen aber auch durch den Umstand, dass nur die zahlenmäßig deutliche Mehrheit der Abgeordneten von SPD und Linkspartei im Brandenburger Landtag eine parlamentarisch stabil unterstützte Landesregierung möglich erscheinen lässt. Hingegen fiel unsere Landtagsmehrheit gemeinsam mit der CDU deutlich knapper aus. Dies ist vor allem deshalb von Belang, weil mit verlässlichen Verhältnissen innerhalb der Brandenburger CDU offenbar auf absehbare Zeit nicht gerechnet werden kann. Erst jüngst wieder haben uns die von der CDU-Fraktionsvorsitzenden im Zuge der Sondierungsverhandlungen aufgestellten unseriösen Forderungen mit aller Klarheit vor Augen geführt, wie explosiv das Konfliktpotenzial in der Brandenburger Union ist. Eine einvernehmliche, an konstruktiven Lösungen orientierte Koalitionsregierung, wie sie die Bürgerinnen und Bürger völlig zu recht erwarten, erscheint unter solchen Umständen mit der CDU bis auf Weiteres sehr unwahrscheinlich.

Wir wissen, dass die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei nicht bei allen Brandenburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Zustimmung stoßen wird. Exakt zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 ist uns nur zu bewusst, dass der Gründungsimpuls unserer Partei eben darin bestand, das illegitime Machtmonopol jener Partei zu brechen, aus der die Linkspartei hervorgegangen ist. Vom undemokratischen und diktatorischen Erbe der SED haben sich fast alle wesentlichen Vertreter der Brandenburger Linkspartei seither aber distanziert. Etliche von ihnen haben wirkliche Lernprozesse durchlaufen. Zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR dürfen sie den Anspruch erheben, von uns bei ihrem Wort genommen zu werden.

Hinzu kommt: Die fortgesetzte Ausgrenzung einer von beträchtlichen Wählergruppen unterstützten demokratischen Partei erscheint auch aus demokratiepolitischer Perspektive nicht ratsam. Zwei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR und der Neugründung unseres Landes hat sich Brandenburg - nicht zuletzt aufgrund unserer sozialdemokratischen Aufbauarbeit - zu einem stabilen und zukunftsträchtigen Gemeinwesen mitten im neuen Europa entwickelt. Darauf sind wir stolz. Unsere mögliche Koalition mit der Linkspartei verstehen wir auch sehr selbstbewusst als den Versuch, noch mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher davon zu überzeugen, sich aktiv für den weiteren Aufbau unseres Landes zu engagieren.

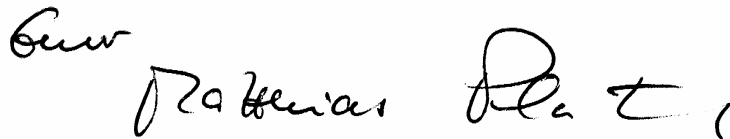
Dass wir Sozialdemokraten mit dieser auf Versöhnung und Zukunft ausgerichteten Grundhaltung keinen „Schlusstrich“ unter die weiterhin notwendige Aufarbeitung der SED-

Diktatur meinen, versteht sich von selbst. Ebenso selbstverständlich ist für uns, dass ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR das Land Brandenburg weder heute noch in Zukunft als Minister oder Staatssekretäre vertreten können.

Auch in Brandenburg haben sich Politikerinnen und Politiker der PDS beziehungsweise der Linkspartei in den vergangenen zwanzig Jahren überwiegend als kompromisslose Kritiker unserer sozialdemokratischen Aufbauarbeit hervorgetan. Auch die radikale Verneinung des Bestehenden ist in freiheitlich-demokratischen Ordnungen wie der unseren legitim. Damit eine Regierungskoalition aus SPD und Linkspartei zum Nutzen unseres Landes wirken kann, erwarten wir nun allerdings von der Brandenburger Linkspartei, dass sie ihre über die Jahre entwickelte oppositionelle Grundhaltung durch eine an praktischen Lösungen für unser Land ausgerichtete Orientierung ersetzt. Genau das ist die Voraussetzung für die Arbeit einer konstruktiven Koalition der Zuversicht, wie sie die Brandenburgerinnen und Brandenburger jetzt von uns erwarten.

Nochmals: Es geht um Brandenburg! Darum bitten wir Euch heute ganz herzlich, uns auf dem nun eingeschlagenen Kurs solidarisch zu unterstützen.

Mit den besten Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Matthias Platzeck'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Matthias Platzeck
Landesvorsitzender